

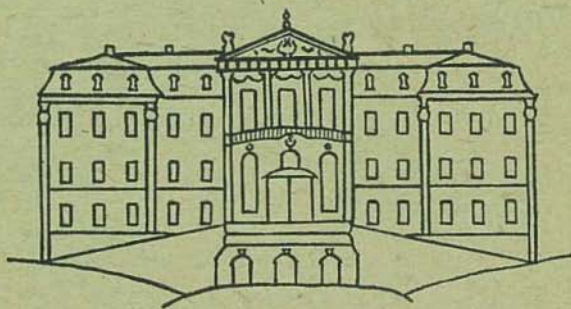
Hefte aus Burgscheidungen

Die polnischen Westgebiete

Eine demographische Untersuchung

Von Edmund Meçlewski

Chefredakteur der Zachodnia Agencja Prasowa, Warschau



15

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Hefté aus Burgscheidungen

Die polnischen Westgebiete

Eine demographische Untersuchung

Von Edmund Meçlewski

Chefredakteur der Zachodnia Agencja Prasowa, Warschau

15

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto
Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der
Christlich-Demokratischen Union

Das Manuskript dieser Untersuchung beruht auf dem Text eines Vortrages, den der Verfasser 1958 und 1959 in mehreren Städten der Deutschen Demokratischen Republik gehalten hat.

Geehrte Gäste, meine Damen und Herren!
Liebe Freunde!

Die Möglichkeit, in Ihrem Kreis über die demographischen Probleme der polnischen Westgebiete zu sprechen, ist für mich nicht nur eine Ehre. Sie verpflichtet mich auch, alle mit diesen Problemen verbundenen Fragen in einer allgemeinen Übersicht zusammenzufassen. Ich muß natürlich vorausschicken, daß ich kein Wissenschaftler bin, sondern nur ein Journalist, der sich für diese Fragen ganz besonders interessiert. Neben wissenschaftlichen Materialien und Abhandlungen benutze ich bei meiner Arbeit auch publizistische, auf wissenschaftlicher Grundlage beruhende Arbeiten.

I.

Vor allem glaube ich, der Behandlung der demographischen Fragen der polnischen Westgebiete, die von Polen dank dem Siege der sowjetischen und seiner eigenen Armeen über den Nazismus zurückgewonnen wurden, einen kurzen Überblick über die damit verbundenen historischen Erscheinungen vorausschicken zu müssen. Ich denke dabei an solche Probleme, wie die Ost- und Landflucht, betrachtet im Zusammenhang mit den kolonisationistischen Bemühungen des preußischen Staates, und darüber hinaus an Probleme, wie der polnische demographische Druck vor dem ersten und zweiten Weltkriege und die in derselben Periode zu Saisonarbeiten auswandernde polnische Landbevölkerung. Erst dann wird die These von der Unvermeidlichkeit und Unabwendbarkeit des politischen Prozesses, der im Ergebnis des zweiten Weltkrieges zur Rückkehr Polens auf seine ethnischen Urgebiete führte, völlig verständlich. Ich werde dabei nicht allzuweit zurückgreifen und auch nicht zu viel Einzelheiten und Zahlen anführen, die Sie ermüden könnten.

Zwei Tendenzen

Der deutsch-französische Krieg, die Vereinigung Deutschlands, die Kriegsentschädigung, die Frankreich nach seiner Niederlage zu bezahlen hatte, die gewaltige Entwicklung der Industrie des neuen Kaiserreichs und die Steigerung der imperialistischen Tendenzen — all das mußte sich auf

die polnische Frage in Deutschland auswirken und wirkte sich auch aus. Der entschiedenen nach der Liquidierung des polnischen Problems und später auch des polnischen Volkes strebenden Politik Bismarcks wurde im Jahre 1886 mit einem vom preußischen Landtag beschlossenen Gesetz die Krone aufgesetzt, durch das ein spezieller Fonds zur Förderung der deutschen Kolonisation in den damaligen Provinzen Westpreußen und Posen gebildet und die Regierung ermächtigt wurde, die Besitzer landwirtschaftlichen Bodens zu enteignen, was neben anderen gegen die Polen gerichteten Ausnahmegesetzen die Germanisierung der dem preußischen Staat angegliederten polnischen Gebiete vorantreiben sollte. Der vom preußischen Landtag zur Verfügung gestellte Betrag war nicht gering: 100 Millionen Mark. Damit konnte man schon viel anfangen.

Im Laufe von zweiundzwanzig Jahren (bis 1908) stieg diese Summe auf das Sechsfache, auf 600 Millionen Mark, an. Für diesen Betrag wurden per fas et nefas etwa 450 000 Hektar polnischen Bodens aufgekauft. Von 1886 bis 1918 erwarb die Ansiedlungskommission für eine Milliarde Mark fast 500 000 Hektar (genau 460 884 Hektar) für Siedlungszwecke bestimmtes Land, das dazu diente, rund 22 000 Bauernhöfe zu bilden und dort ungefähr 150 000 Menschen anzusiedeln. Inzwischen war der polnische Besitzstand nicht nur nicht kleiner geworden, er hatte sich sogar seit 1885 um einige zehntausend Hektar vergrößert. Es soll hier, nach Kielczewska und Grodek¹⁾, daran erinnert werden, daß im Jahre 1861 der Prozentsatz der Polen im sogenannten Großherzogtum Posen 54,6 Prozent, derjenige der Deutschen 45,4 Prozent betrug, wogegen im Jahre 1890 die polnische Bevölkerung 60,1 Prozent, die deutsche nur noch 39,9 Prozent ausmachte. Ähnlich, wenn auch langsamer, änderte sich — trotz der ganzen Kolonisationstätigkeit — der Besitzstand der polnischen Bevölkerung im damaligen Westpreußen zu ihren Gunsten. Trotz aller Bemühungen des preußischen Staates, trotz der aufgewandten großen Geldmittel waren die Erfolge der Kolonisationstätigkeit recht gering, besonders weil die Abwanderung der Deutschen aus dem Osten — die Ostflucht — weiter andauerte. Zehn- und Hunderttausende von Deutschen, vorwiegend Bauern, kehrten den damaligen preußischen Provinzen Posen, West- und Ostpreußen den Rücken und begaben sich nach Mittel- oder Westdeutschland. Mäßig waren auch die Ergebnisse der Ansiedlungsbestrebungen. Es ist bezeichnend, daß in der Zeit der stärksten Germanisierung, in der Zeit der Ansiedlungskommission und der Ausnahmegesetze, von der Ost-

flucht allein in diesen Gebieten 3,5 Millionen Menschen (3 458 200) erfaßt wurden. So hat also der Kampf der zwei Strömungen — des imperialistischen Dranges nach dem Osten und der sozial-wirtschaftlichen Ost- und Landflucht — der zweiten den Sieg gebracht. In den späteren Jahren änderte sich die Lage nicht wesentlich. Zwischen 1927 und 1933 z. B. kamen 45 000 deutsche Ansiedler aus dem Westen nach dem Osten, während gleichzeitig die Abwanderung aus dem Osten vielfach größer war. Dabei ließ sich die Mehrzahl dieser aus dem Westen kommenden Ansiedler in den Mitteldeutschland am nächsten gelegenen Provinzen Mecklenburg und Brandenburg nieder, viel weniger kamen nach Schlesien und anderen Provinzen des damaligen deutschen Ostens.

Ost- und Landflucht

Worauf beruhten die Erscheinungen der Ost- und Landflucht? Hierzu einige Bemerkungen²⁾:

Die östlich der Elbe und Saale gelegenen Gebiete des Deutschen Reichs, also der ganze sogenannte „deutsche Osten“ (von den Einwohnern Westdeutschlands verächtlich „Ostelbien“ genannt), sind altslawisches Land. Diese Gebiete wurden systematisch im Laufe eines Jahrtausends erobert und unterworfen, größtenteils germanisiert, sei es durch Ansiedlung von Kolonisten aus dem eigentlichen Deutschland, sei es durch Germanisierung der bodenständigen slawischen Bevölkerung. Einige dieser Eroberungen erfolgten zu einem verhältnismäßig späten Zeitpunkt. Preußen beispielsweise eroberte Schlesien und einen Teil Pommerns erst im 18. Jahrhundert; deshalb ist dort auch — besonders in großen Landstrichen Schlesiens, Pommerns und des ehemaligen Ostpreußens — bis in die Gegenwart hinein die polnische Bevölkerung erhalten geblieben.

Der Umstand, daß die deutsche Bevölkerung des sogenannten „Ostens“ auf Grund von Eroberungen, von denen übrigens manche verhältnismäßig jungen Datums waren, dorthin gekommen war, daß bedeutende Gruppen der einheimischen Bevölkerung sich behaupteten und unzählige Denkmäler der polnischen materiellen Kultur hier zu finden waren, hatte bei den deutschen Siedlern ein Gefühl der Unwissenheit und der Fremdheit, den sogenannten „Ostkomplex“, zur Folge. Dieses Gefühl wurde noch vertieft durch das verächtliche Verhältnis, das die Deutschen aus dem eigentlichen Reiche zum „Osten“ hatten, und durch die wirtschaftliche Lage, die im „Osten“ bedeutend schlechter war als in Mittel- oder Westdeutschland.

¹⁾ Kielczewska-Grodek: „Odra-Nysa, najlepsza granica Polski“ (Oder-Neiße, die beste Grenze Polens). Instytut Zachodni Poznań 1946, S. 46—47.

²⁾ Vgl. Szafarski: „Ruchy ludnościowe na pograniczu polsko-niemieckim w ciągu ostatniego wieku“. Instytut Bałtycki, Gdansk-Bydgoszcz-Szczecin, 1947, oraz opracowanie ZAP, redakcja zagraniczna.

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts kamen noch die äußerst schnelle wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands (des Rheinlands und Westfalens) und Berlins (besonders nach 1860) hinzu. Die Anziehungskraft der Hauptstadt und des reichen Westens, verbunden mit dem erwähnten „Ostkomplex“, hatte eine neue außerordentlich wichtige demographische Erscheinung zur Folge: die Flucht der deutschen Bevölkerung aus dem Osten (die sogenannte Land- und „Ostflucht“).

Obwohl also in der zweiten Hälfte des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts der politische und militärische „Drang nach dem Osten“ andauerte und sogar zunahm, entwickelte sich gleichzeitig eine entgegengesetzte demographische Erscheinung: die Deutschen verließen die von ihnen eroberten Gebiete und kehrten in ihr Heimatland im Westen zurück.

Der Bazillus der „Ostflucht“ hatte offenbar am stärksten die ärmste Landbevölkerung angesteckt, die an der chauvinistischen Intelligenz kaum einen moralischen Halt finden konnte und mit der bodenständigen polnischen Bevölkerung am häufigsten in Berührung kam. In vielen ländlichen Bezirken, insbesondere auf den Landgütern der Junker in Pommern und Ostpreußen, trat Entvölkerung und Mangel an Arbeitskräften in Erscheinung. Gleichzeitig stieg in den polnischen Nachbargebieten (in Ostpommern, d. h. im ehemaligen Westpreußen, und in Großpolen, d. h. in der ehemaligen Provinz Posen) die Bevölkerung schnell an.

Vergleichen wir die Bevölkerungsdichte in den benachbarten Provinzen beider Staaten. Es entfielen Einwohner auf 1 qkm:

Deutschland (1933)		Polen (1931)	
Ostpreußen	63	Masowien	78
Pommern (Westpommern)	63	Ostpommern (früheres Westpreußen)	73
Grenzmark Posen-Westpreußen	44	Großpolen (frühere Provinz Posen)	83
Westoberschlesien	153	Ostoberschlesien	299

So entstand an der polnisch-deutschen Grenze ein in seinen politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen bedeutungsvoller demographischer Druck. Jahraus, jahrein, bis 1933, zogen Zehntausende von polnischen Landarbeitern (es gab Jahre, wo ihre Zahl 80 000 überstieg) zur Arbeit auf die von den deutschen Bauern verlassenen Felder. Diesem Problem werden wir später noch einige Aufmerksamkeit widmen.

Die deutschen Wissenschaftler waren sich dieses Tatbestandes und seiner politischen Folgen voll bewußt. Sie begannen von einem „Raum ohne Volk“ zu sprechen:

„... Polen wird alles Land östlich der Elbe für sich in Anspruch nehmen und wird es durchdringen und besitzen — und ein Jahrtausend deutsche Geschichte ist vergebens verbracht.“ (W. Volz, Die ostdeutsche Wirtschaft, 1930.)

So sahen die demographischen Voraussetzungen für die Rückkehr Polens an die Oder aus. Die großen demographischen Wandlungen, die in diesen Gebieten in den Jahren 1945 bis 1948 stattfanden (Flucht und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung, Ansiedlung der polnischen Bevölkerung), waren weder unerwartet, noch mit der natürlichen, spontanen Entwicklung der Dinge unvereinbar.

Fügen wir noch hinzu, daß zur selben Zeit in Polen der natürliche Bevölkerungszuwachs sehr groß war: 14,5 Promille in den Jahren 1931/32. In Deutschland konnte Hitler in derselben Zeit, trotz aller Bemühungen, den natürlichen Bevölkerungszuwachs nicht über 7,3 Promille heben (im Jahre 1933 hatte er nur 3,5 Promille betragen).

Die Übervölkerung auf dem Lande in Polen und ihre Folgen: Elend und landlose Dorfbewohner — das sind bekannte Tatsachen. Im 19. Jahrhundert wurde sogar der Ausdruck „galizisches Elend“ zur Bezeichnung der größten Armut geprägt. Auswanderung oder Übernahme von Saisonarbeiten im Ausland waren die natürlichen Folgen dieser Übervölkerung und des Elends. Am Ende des 19. Jahrhunderts wanderten aus den russischen und österreichischen Teilgebieten Polens alljährlich 97 000 Arbeiter nach Deutschland. In den Jahren 1908 bis 1913 emigrierten insgesamt 86 000 Arbeiter aus dem österreichischen und 343 415 aus dem russischen Teilgebiet Polens nach Deutschland. Im Jahre 1928 stellten die 127 462 polnischen Arbeiter 87,3 Prozent aller ausländischen Arbeiter in Deutschland dar.

Aus offiziellen polnischen Statistiken ist zu ersehen, daß in den Zwischenkriegsjahren 1918 bis 1939 aus Polen zu Erwerbszwecken insgesamt 1 196 000 Personen auswanderten; darüber hinaus gab es durchschnittlich einige Zehntausende von Saisonarbeitern, die alljährlich ins Ausland fahren.

Die landlose polnische Bauernbevölkerung betrug im Jahre 1939, nach offiziellen Angaben, 570 000 Familien (etwa 2,5 Millionen Menschen). Auf Kleinstwirtschaften vegetierten rund 2 Millionen Familien. Insgesamt warteten also im übervölkerten Polen mehr als anderthalb Millionen Familien, das heißt 6 bis 7 Millionen Menschen, auf Boden und mußten alljährlich Erwerbsmöglichkeiten suchen, u. a. als Landarbeiter in Deutschland.

Daß der Zustrom von Arbeitskräften nach Deutschland keine vorübergehende Erscheinung war, sondern im Gegenteil immer größer wurde, davon kann man sich über-

zeugen, wenn man die statistischen Angaben aus den Jahren 1914 und 1937 miteinander vergleicht. Im Jahre 1937 stieg die Zahl der Fremdarbeiter in Ostpreußen im Vergleich zum Jahre 1914 um 67 Prozent, in Pommern sogar um 97 Prozent an. Dies war durch den Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande bedingt, wobei die Landflucht — wie bekannt — gleichzeitig mit der Ostflucht in Erscheinung trat. Das Manko wurde in Deutschland auf etwa 2 Millionen Menschen geschätzt, wogegen das übervölkerte landwirtschaftliche Polen einen Überschuß von rund 4 Millionen Landarbeitern hatte.

Die polnische Gefahr

Es ist daher nicht verwunderlich, daß sowohl vor dem ersten Weltkrieg als auch in der Zeit zwischen den Kriegen zahlreiche chauvinistische preußische Gelehrte und Politiker laut Alarm schlugen. Von ihnen stammt das Schlagwort von der „polnischen Gefahr“. In den ehemals deutschen Archiven von Szczecin sind zum Beispiel Dokumente gefunden worden, die darauf hinweisen, daß die Regierungsbehörden von Szczecin und Koszalin bemüht waren, Chinesen, Neger aus den deutschen Kolonien, Italiener oder Ukrainer als Arbeiter heranzuholen, um den Zufluß der polnischen Saisonarbeiter nach Pommern einzuschränken. Das klingt lächerlich, aber es war so.

Die Sache ist wert, wenn auch nur flüchtig, besprochen zu werden. Die daran Interessierten verweise ich auf eine interessante Abhandlung von Boguslaw Drewniak in Heft 3 der Wissenschaftlichen Monatsschrift „Szczecin“ (Jahrgang 1957). Im Jahre 1889 beantragten westpreußische Junker, chinesische Kulis als Saisonarbeiter heranzuholen. Einige Jahre später wurde auch erwogen, Chinesen nach Ostpreußen kommen zu lassen. Nach langem Hin und Her — sogar Minister mußten sich mit dieser Angelegenheit befassen — gab man schließlich diesen Plan auf, sowohl wegen der hohen Transportkosten als auch darum, weil die chinesischen Arbeiter das ganze Jahr über an Ort und Stelle hätten bleiben müssen, während z. B. die polnischen Saisonarbeiter im Winter in ihre Heimat zurückkehrten. Aus ähnlichen Gründen wurde auch der im damaligen Westpreußen im Jahre 1893 ersonnene Plan, anstatt der für die Germanisierungspolitik gefährlichen polnischen Arbeiter Neger aus deutschen Kolonien in Afrika heranzuholen, fallengelassen. Trotzdem dauerten in den damaligen deutschen Ostgebieten die Bemühungen um fremde, nichtpolnische Arbeiter an. Im Jahre 1900 entstand sogar beim preußischen Innenministerium eine Sonderkommission, die ein Projekt ausarbeitete, demzufolge Italiener und Schweden zur Arbeit herangeholt werden sollten (bekanntlich ist das Problem der Fremdarbeiter in der Bun-

desrepublik — wie ich im weiteren Verlauf meines Vortrages noch zeigen werde — weiterhin aktuell). Als auch diese Pläne aus verschiedenen Gründen, mit denen ich mich hier nicht befasse, fallengelassen wurden, steigerte man die „Einfuhr“ von ukrainischen Arbeitern und bemühte sich, durch spezielle Maßnahmen Zwistigkeiten zwischen ihnen und den polnischen Arbeitern hervorzurufen. In den ersten zehn Jahren des 20. Jahrhunderts kamen über 200 000 ukrainische Arbeiter nach Deutschland. Letzten Endes strömten jedoch weiterhin polnische Landarbeiter in diese Gebiete: sie waren am billigsten und arbeitsamsten. Außerdem spielte dabei der demographische Druck in den österreichischen und russischen Teilgebieten Polens — was ich bereits erwähnte — eine entscheidende Rolle.

Jedoch kehren wir zu unserem Thema zurück.

Ein hervorragender deutscher Gelehrter der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, Universitätsprofessor Wilhelm Volz aus Leipzig, einer der nationalistischen Wissenschaftler, die sich darum bemühten, die Aufmerksamkeit der preußischen und Reichsbehörden auf die gefährliche Lage zu lenken, die im Osten Deutschlands entstanden war, rief in seiner Abhandlung „Die ostdeutsche Wirtschaft“ zur Bildung eines vielseitigen Programms der wirtschaftlichen, kulturellen und Siedlungshilfe für das Deutschum im Osten auf, wobei er feststellte:

„Gelingt es aber nicht, dann ist unser Osten verloren; dann werden unsere Enkel wieder die Elbe als deutsche Ostgrenze sehen; Polen wird alles Land östlich der Elbe für sich in Anspruch nehmen und wird es durchdringen und besetzen ... und ein Jahrtausend deutsche Geschichte ist vergebens verprauscht.“

Und weiter:

„Diese Zahlen besagen mit dürren Worten, daß an Menschenmaterial der Osten in den letzten drei Generationen eine Provinz verloren hat ... Hier im Osten müßte man das Wort umdrehen; hier ist ‚Raum ohne Volk‘ ...“

Das Abströmen der Bevölkerung aus den damaligen deutschen Ostgebieten hatte zur Folge, daß man schon lange vor dem letzten Kriege mit der Möglichkeit des Verlustes der durch Eroberung gewonnenen Gebiete — der heutigen polnischen Westgebiete — rechnete. So erschien z. B. im Jahre 1931 in Nr. 1 der deutschen nationalistischen Zeitschrift „Ostdeutsche Heimat“ ein Artikel, in dem wir lesen:

„Mit Nachdruck weist Prof. Dr. K. Haushofer in einem Leitarsatz des soeben aus der Taufe gehobenen ‚Hochwart‘ (Eisenach) darauf hin (auf die Abwanderung von 900 000 Deutschen aus dem ‚Weichselland‘ — E. M.) und nennt sie die viertgrößte Völkerwanderung der Erde nach dem Kriege, den folgenschwersten Landverlust des ganzen

Grenzländer-Deutschtums, in unheimlicher Verstärkung des ohnehin landflüchtigen, der Verstärkung verfallenden Zuges nach Westen, zur Stadt, mit dem langatmigen polnische Politik rechnet wie mit einem Faktor, der der polnischen Vermehrungskraft und Unterwanderung das Land jenseits der Oder auch ohne Krieg und internationale Bemühungen zwangsläufig in die Hand spielen wird. In der deutschen Unfähigkeit, die volksarmen deutschen Grenzmarken mit zukunfts-trotzigen, bodentreuen Bauernsiedlern zu erfüllen, in dem anthropogeographischen Gefälle, das von selbst im Raume mit 27 bis 40 landmüden Menschen auf den Quadratkilometer hinein aus dichtgedrängten Überschußgebieten, wie den Volksdichten bis zu 150 in Westpolen, dem Tschechenkeil auf Waldmünster entsteht, darin liegt die größte Gefahr des deutschen Ostens ...“

Ebenso eindrücklich hat schon auf dem siedlungspolitischen Kolleg zu Dresden 1930 der Verfasser von „Volk ohne Raum“, Dr. Johannes Dierkes, das gleiche Problem angeschnitten und gesagt:

„Wir müssen neue Menschen in den Osten setzen, wo die östlichen Völker, Polen und Litauer, mit vitaler Energie vorwärtsdrängen, sonst ist in 20 Jahren die Elbe Deutschlands Ostgrenze ...“

Der mit jedem Jahr zunehmende Zufluß polnischer Saisonarbeiter in die preußischen Ostprovinzen rief unter den deutschen Nationalisten eine lebhafte Unruhe um das künftige Schicksal dieser Gebiete hervor. Dies kam in Pressestimmen, wissenschaftlichen Publikationen und offiziellen politischen Erklärungen zum Ausdruck, die feststellten, daß die polnischen Saisonarbeiter die „Gefahr“ einer allmählichen Polonisierung der preußischen Ostprovinzen mit sich brächten; denn trotz äußerst strenger Verbote ließ sich alljährlich ein gewisser Teil der viele Tausende zählenden Masse von Saisonarbeitern dauernd in Deutschland nieder.

Wie bereits erwähnt, sollte die Heranziehung von Arbeitern aus nichtslawischen Ländern eines der Mittel sein, die die angestrebte allmähliche Ausschließung der Polen vom deutschen Arbeitsmarkt ermöglichen sollten.

Im Jahre 1927 hielt der bekannte pommersche Historiker Prof. Martin Wehrmann auf einer Tagung des revisionistischen Deutschen Ostbundes in Stargard an der Ina einen Vortrag unter dem eindrucksvollen Titel „Die polnische Gefahr in Pommern in Vergangenheit und Gegenwart“, in dem er ausrief:

„... Wir müssen die Augen offenhalten und die polnische Gefahr nicht unterschätzen.“³⁾

³⁾ Martin Wehrmann: „Die polnische Gefahr in Vergangenheit und Zukunft“, „Ostdeutscher Heimatkalender“ 1927, S. 57—60.

Der Vorsitzende des Stadtrates von Szczecin, Dr. Ahrens, warnte im Jahre 1928:

„Wir Pommern sind Grenzmarker geworden. Darum wollen und dürfen wir uns nicht der Gefahr verschließen, die durch das weiter vordringende Slawentum unser deutsches Pommern bedroht.“⁴⁾

Zur selben Zeit schrieb der Landrat von Bütow, v. Wolff, von einer „ständigen slawischen Bedrohung des Ostens“⁵⁾, während Dr. Ramm in seiner Abhandlung „Siedlungspolitik im deutschen Osten“ behauptete, daß in einigen Jahrzehnten „die Korridorfrage verschwunden ist, aber für Polen gibt es dann eine Oderfrage“⁶⁾.

Derartige Formulierungen sind in der nationalistischen deutschen Publizistik der zwanzig Jahre zwischen den beiden Kriegen sehr oft zu finden. Es erübrigt sich jedoch, weiter darauf einzugehen, wieweil es sich auch um Äußerungen von Wissenschaftlern und Persönlichkeiten handelt, die im öffentlichen Leben verantwortliche Posten bekleideten. Diese Äußerungen waren teilweise publizistischer Natur, und man darf annehmen, daß in manchen Fällen absichtliche Übertreibungen die Leser oder die Behörden in einem gewissen Sinne beeinflussen sollten.

Eines der Anzeichen jener angeblichen „polnischen Gefahr“ sollte die Beschäftigung von polnischen Landarbeitern in Pommern sein. Alfred Berger, Direktor der Stettiner Hafengesellschaft, behauptete, daß

„... die polnischen Saisonarbeiter, die heute nicht nur notwendige Landarbeiter, sondern auch als Träger polnisch-nationalistischer Bestrebungen gewertet sein wollen“,⁷⁾

eine besondere Gefahr für die Erhaltung Pommerns beim Deutschen Reiche darstellten.

Ähnlich beurteilte in der Zeit zwischen den Weltkriegen der Landrat von Stolp, Dombois, den Zufluß von polnischen Landarbeitern, indem er schrieb:

„Die Vorposten der polnischen Invasion sind bereits da, und zwar in Form einer fremden neuen Unterschicht, der polnischen Arbeiter.“⁸⁾

Der Landrat von Greifswald, Kogge, behauptet wiederum:

„Die Entvölkerung der Landkreise bedeutet besonders

⁴⁾ Ahrens: „Pommern als Grenzmark“, „Ostdeutscher Heimatkalender“ 1928, S. 60.

⁵⁾ Wolff: „Pommern als Grenzmark“, „Pommern-Jahrbuch“ 1929, S. 15.

⁶⁾ Ramm: „Siedlungspolitik im Deutschen Osten“, „Pommern-Jahrbuch“ 1930/31.

⁷⁾ A. Berger: „Pommerns politische Aufgaben“, „Pommern-Jahrbuch“ 1925/26.

⁸⁾ Wojewodzkie Archiwum Panstwowe w Szczecinie, Rep. 65 a, acc 48 Nr. 13 — „Bereisung der Provinz Pommern durch den Preuß. Minister des Innern“.

für uns im Osten die Gefahr einer Slawisierung unserer Agrargebiete⁹⁾
durch den Masseneinsatz von polnischen Landarbeitern.

Beispiel Pommern

Waren in den zwanzig Jahren zwischen beiden Weltkriegen diese Befürchtungen berechtigt? Führen wir nur ein einziges Beispiel an:

Im Herbst 1927 bereiste der preußische Innenminister, Grzesinski, die damalige Provinz Pommern. In einer Reihe von Konferenzen machten sich der Minister und seine Begleiter mit allen Anzeichen der „polnischen Gefahr“ bekannt, die an Ort und Stelle eine so ernste Beunruhigung hervorgerufen hatte.

Und hier eine Feststellung des Bütower Landrates v. Wolff, betreffend die Entvölkerung von Pommern und das Mißverhältnis zwischen der zunehmenden Bevölkerungsdichte in Polen einerseits und der ungenügenden und abnehmenden Bevölkerungszahl Pommerns andererseits:

„Dies Mißverhältnis muß einmal naturnotwendig zum Einbruch des Slawentums führen. Wenn daher weiter die passive Politik der Duldung der Entvölkerung des Ostens, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten erlebt haben, betrieben wird, kann nur mit größter Sorge in die Zukunft gesehen werden.“¹⁰⁾

Der Präsident der Reichsbahndirektion Stettin, Lohse, stellte fest:

„Immer dichter drängen sich die deutschen Massen an einer unerschütterlich feststehenden Westmauer zusammen, und mit tiefer Erschütterung sehen wir, wie dieses Volk ohne Raum nicht imstande zu sein scheint, seinen Raum ohne Volk sich für seine Zukunftsentwicklung zu sichern. In dieser Notzeit kann der Ostdeutsche trotz allen Fleißes und aller Selbsthilfe ohne tatkräftige Stützung durch das ganze deutsche Volk den Deich nicht halten.“¹¹⁾

Dr. Ramm schreibt in seiner Arbeit „Siedlungspolitik im Deutschen Osten“:

„Man bezeichnet das deutsche Volk mit Recht als Volk ohne Raum. Das hindert nicht, daß es in unseren Grenzen schon einen Raum ohne Volk gibt, den landwirtschaftlichen Osten.“¹²⁾

Ähnlich der Landrat von Stolp, Dombois:

„Schließlich gilt auch im Völkerleben der physikalische Grundsatz vom Ausgleich der Räume mit verschiedenem Druck. Ein polnischer Politiker hat diesem Gedanken da-

hin Ausdruck gegeben: Auf die Dauer sei der Zustand unhaltbar, daß im Herzen Europas, im Lande zwischen Oder und Weichsel, ein halb luftleerer Raum, ein Minimum an Bevölkerungsdichte läge, wie es sonst auf brauchbaren Böden der Erdteil nicht kenne.“¹³⁾

Der Plan Keup-Hindenburg

Es nimmt also nicht wunder, daß man nach verschiedenen Mitteln und Wegen suchte, um diese „Gefahr“ für immer zu beseitigen. Nur wenigen Geschichtsforschern und Politikern ist ein Plan bekannt, der während des ersten Weltkrieges von Dr. Erich Keup vorgebracht und von Hindenburg und Ludendorff gutgeheißen wurde. Diesem Plan zufolge sollten etwa 3 Millionen Polen aus weiten Landstrichen zwischen der Reichsgrenze von 1914 und den im ersten Weltkrieg eroberten Gebieten ausgesiedelt werden. Es ging darum, das polnische Volk durch einen „neutralen Streifen“, bewohnt von deutschen Siedlern, in zwei Teile zu teilen: das preußische Teilgebiet in seinen Grenzen von 1914 und das bis 1914 russische Teilgebiet, dessen Grenzen nach dem Krieg geändert werden sollten. Der Plan wurde im Jahre 1915 ausgearbeitet und ging von folgenden Voraussetzungen aus:

Den Deutschen sei ein „Lebensraum“ sicherzustellen. Dies sei nur möglich, wenn man das polnische Element durch Germanisierung usw. allmählich eliminiere. Der im Kriege — an dessen siegreichen Ausgang man natürlich fest glaubte — eroberte Boden solle den deutschen Soldaten als Belohnung für ihre Kriegsmühen zufallen. Ein ernstes Hindernis sei aber das polnische Volk, das trotz aller künstlicher Grenzen und Absperrungen das Gefühl seiner Einheit und Zusammengehörigkeit bewahrt hatte. Man müsse es also zerstückeln, einzelne Teile voneinander trennen, die Verbindungen zwischen ihnen lösen, sie einkreisen und langsam entnationalisieren. Diese Methode würde — meinte Dr. Keup — die polnische Dynamik, die für Deutschland immer gefährlich war und es geblieben ist, bedeutend schwächen.

Die Ostgrenze dieses „neutralen“ Streifens mit einer Gesamtfläche von 34 000 qkm, bewohnt von 3,2 Millionen Polen, sollte von Grodno längs der Flüsse Bobr und Narew bis Modlin verlaufen. Weiter westlich und südlich sollten ihm Teile des damaligen Gouvernements Plock, der westliche Teil des Gouvernements Warschau und ein großer Teil des Gouvernements Kalisz angeschlossen werden. Die polnische Bevölkerung sollte nach dem Osten ausgesiedelt und das ganze Gebiet mit Deutschen besiedelt werden. Dieser Plan wurde Mitte August 1916 dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg und seinem Stabschef

¹³⁾ ebenda.

⁹⁾ Wojewodzkie Archiwum Panstwowe w Szczecinie, Rep. 65 a, acc 48 Nr. 13 — Referat des Landrats von Greifswald, Kogge.

¹⁰⁾ Wojewodzkie Archiwum Panstwowe w Szczecinie, Rep. 65 a, acc 48 Nr. 13.

¹¹⁾ Lohse: „Zum Geleit“, „Pommern-Jahrbuch“ 1929, S. 20.

¹²⁾ Wojewodzkie Archiwum Panstwowe w Szczecinie, a. a. O.

v. Ludendorff vorgelegt und von ihnen angenommen, jedoch konnte noch kein Termin für seine Verwirklichung festgelegt werden. Sein Urheber besprach ihn in einer vertraulich herausgegebenen Broschüre unter dem Titel „Die Notwendigkeit der Gewinnung von Siedlungsland“, Berlin, Deutsche Landbuchhandlung, 1915¹⁴⁾.

Die Brüsseler Tageszeitung „Le Soir“ veröffentlichte am 10. September 1930 eine von Hindenburg am 5. Juli 1918 dem damaligen deutschen Reichskanzler übermittelte vertrauliche Denkschrift, die mit dem Dr.-Keup-Plan direkt zusammenzuhängen scheint. Es werden darin Gebietsforderungen geltend gemacht und pangermanistische Siedlungspläne aufgefrischt, welche die planmäßige Aussiedlung der polnischen Bevölkerung voraussetzen. In diesem Schriftstück, das den Titel „Denkschrift über den polnischen Grenzstreifen“ trägt, befaßt sich Hindenburg mit der zukünftigen Ostgrenze des Reichs. Deutschland sollte diesem Plan zufolge weitere Gebiete Polens annekieren, und zwar die Landstriche östlich der Linie Bedzin—Herby—Kalisz, sowie nordwestlich der Warthe und der Linie Kolo—Plock—Mlawa—Augustow. Auch die baltischen Länder sollten Deutschland einverleibt werden. Der Plan sah die Aussiedlung der gesamten polnischen Bevölkerung aus diesem Gebiet (etwa 20 000 qkm) vor. Der Boden der ausgesiedelten Polen sollte deutschen Kolonisten und ehemaligen Frontkämpfern zugeteilt werden, deren Gesamtzahl etwa anderthalb Millionen betragen sollte.

Wir wissen, daß dieser Plan nicht ausgeführt werden konnte. Aber Hitler nahm ihn, wenn auch in einem anderen Teil Polens, in den Jahren 1939/1940 wieder auf, indem er über 600 000 Polen aus Großpolen, teilweise auch aus Ostpommern und Schlesien, in das neuerrichtete „Generalgouvernement“ aussiedelte. In der von den Besatzungsbehörden herausgegebenen „Warschauer Zeitung“ vom 8. August 1942 hat Himmler knapp und klar geschrieben:

„Unsere Aufgabe ist es ... dafür zu sorgen, daß im Osten nur Menschen wirklich deutschen germanischen Blutes wohnen.“

Der für Hitler unglückliche Ausgang des Krieges allein verhinderte ihn daran, die grauenerregenden Pläne zu verwirklichen, die in dem offiziell als „Generalplan Ost“ bezeichneten Schriftstück zusammengefaßt waren.

II.

Nach diesen Ausflügen in die Geschichte, die mir für unser Thema ganz besonders wesentlich zu sein schienen, komme ich jetzt zu den demographischen Problemen der polnischen Westgebiete zurück. Im Vordergrund steht das Problem der ureingesessenen polnischen Bevölkerung, die man mitunter auch „Autochthonen“ nennt. Es wird von westdeutschen Revisionisten oft falsch und demagogisch dargestellt. Betrachten wir also zuerst dieses Problem in seiner Gesamtheit.

Die polnische Bevölkerung in Deutschland

Charakteristisch für die Lage überall dort, wo die zwei Nachbarvölker, Polen und Deutsche, einander berührten, war es, daß als Ergebnis des „Drangs nach dem Osten“ die preußische Staatsgrenze, beziehungsweise die Reichsgrenze, stets mehr nach Osten vorgeschoben war als die ethnische Grenze. Der Umstand, daß die preußischen, beziehungsweise deutschen Eroberungen im Laufe der Jahrhunderte immer weiter nach Osten reichten, hatte zur Folge, daß innerhalb der preußischen beziehungsweise deutschen Grenzen zahlreiche geschlossene polnische Volksgruppen bestanden. Millionen Polen bewohnten weite Gebiete, die von den Deutschen in der Zeit vom 13. bis zum 18. Jahrhundert erobert worden waren. Selbst in Landstrichen, die sich jahrhundertlang unter fremder Herrschaft befanden, blieb das Polentum erhalten. So schrieb z. B. Pastor Riemer über die Lage in Ostpreußen um 1820:

„... es war eine große Seltenheit, wenn auf dem Lande, selbst in einiger Entfernung von der polnischen Grenze, sich unter dem gemeinen Volk jemand fand, welcher Deutsch sprach.“

Was könnte man erst von Oberschlesien oder einigen Gebieten Niederschlesiens und Pommerns sagen, die von geschlossenen Massen polnischer Bevölkerung bewohnt waren?

Infolge der Teilungen Polens (1772 bis 1795), durch die sich Preußen der ausgedehnten rein polnischen Gebiete Großpolen, Ostpommern und Ermland bemächtigte, wurde die Frage der polnischen Bevölkerung das wichtigste und schwierigste innere Problem Preußens. Man versuchte es auf die einfachste Weise zu lösen: durch Kolonisation und brutale Germanisierung. Man ging nach Richtlinien vor, die später Bismarck in dem Leitsatz formulierte:

„Haut doch die Polen, daß sie am Leben verzagen.“¹⁵⁾

Hier noch einige besonders charakteristische Äußerungen Bismarcks und seiner Nachfolger, in denen die polenfeind-

¹⁴⁾ Przeglad Zachodni, I/1949.

¹⁵⁾ Bismarck, Ges. Werke XIV/I, Nr. 815.

liche Denkart und das Bestreben nach Verwirklichung des preußischen „Drangs nach Osten“ konsequent hervortreten:

„Die Herren kennen die Polen nicht und wissen nicht, daß ein unabhängiges Polen nur dann aufhören wird, Preußens Feind zu sein, wenn wir zu seiner Ausstattung Länder hergegeben haben, ohne die wir wiederum nicht existieren können, wie die untere Weichsel und ganz Posen und was in Schlesien polnisch spricht.“¹⁶⁾

Und weiter:

„Jeder Erfolg der polnischen Nationalbewegung ist eine Niederlage für Preußen, und wir können den Kampf gegen dieses Element nicht nach den Regeln der bürgerlichen Gerechtigkeit, sondern nur nach denen des Krieges führen ... zwischen uns und irgendwelchem Versuch zur Herstellung Polens ist kein Frieden möglich.“¹⁷⁾

Der erste Weltkrieg war zu Ende. Polen wurde wieder unabhängig. Der Kampf gegen das Versailler Friedenswerk, der Kampf, in dem es vor allem darum ging, sich von neuem polnischer Gebiete zu bemächtigen, wurde als grundlegende Aufgabe der deutschen Außenpolitik anerkannt. Reichsaußenminister **Stresemann** schrieb im „Hamburger Fremdenblatt“ vom 14. September 1925:

„Das Ziel deutscher Außenpolitik muß weiter sein das Hinstreben auf die Revision der Ostgrenze, deren Unmöglichkeit heute von allen Seiten erkannt wird.“¹⁸⁾

Es muß deutlich hervorgehoben werden: bei der Forderung nach einer Revision der Ostgrenze handelte es sich nicht um Grenzfragen, nicht darum, diesen oder jenen Landstrich dem Deutschen Reiche einzuverleiben. Das Ziel der preußischen, imperialistischen Politik war die Auflösung Polens. Das war übrigens mehr als eine Forderung, es war eine Ansage. Hier ein Satz aus einem Brief des Begründers der Reichswehr, **Generals v. Seeckt**, an Reichskanzler **Wirth**:

„... Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muß verschwinden und wird verschwinden ...“¹⁹⁾

Wie charakteristisch sind doch die haßerfüllten Worte, die ich der „Ostmark“, dem Organ des Deutschen Ostmarkenvereins (des sogenannten HKT-Vereins) entnehme:

¹⁶⁾ Otto v. Bismarck in der Deutschen Bundesversammlung 1864, zitiert nach „Die Ostmark“, 1930, Nr. 3, S. 34.

¹⁷⁾ Bismarck 1861, Ges. Werke III, Nr. 251 (aus einem Brief an den Minister **Graf Bernstorff**).

¹⁸⁾ Nach **Gustav Stresemann**, Vermächtnis, Nachlaß in drei Bänden, Herausg. von **Henry Bernhard**, Ullstein-Verlag, Berlin 1932/33, Band II, S. 172.

¹⁹⁾ Nach **Otto Ernst Schödekopf**: „Das Heer und die Republik. Quelle zur Politik der Reichswehrführung 1918–1933“, Norddeutsche Verlagsanstalt O. Gödel, Frankfurt/M. 1955, S. 163.

„Es wird erst Friede und Ordnung in Europa herrschen, wenn das heutige Polen aufhört, die Karte unseres Erdteiles zu verunzieren.“²⁰⁾

Der rücksichtslose Kampf gegen das Polentum, von Verwaltung, Schule, Wehrmacht und Kirche mit größter Energie und Grausamkeit geführt, konnte nicht ohne Ergebnis bleiben: im Laufe des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erlitt das Polentum an der Oder riesige Verluste. Ein Teil der polnischen Bevölkerung unterlag dem gewaltigen Druck und vergab Sprache und Brauchtum der Väter. Ein Teil wanderte aus (u. a. nach Westfalen, wo eine bedeutende polnische Bevölkerungsgruppe entstand, die einige Hunderttausende von Menschen zählte — die Volkszählung im Jahre 1910 ergab dort beinahe 300 000 Einwohner mit polnischer Muttersprache).

Große Gruppen der polnischen Bevölkerung hielten jedoch der Germanisierung stand.

Um die Sache des polnischen Volkes in Schlesien erwarben sich im 19. Jahrhundert auch einige aufgeklärte Deutsche große Verdienste, wie z. B. der Arzt **Julius Roger**, der während des „Völkerfrühlings“ aus **Würtemberg** nach Schlesien kam und schlesische Lieder sammelte, wobei er die Erhaltung der polnischen nationalen Kultur in Schlesien und den Kampf gegen die polenfeindliche preußische Politik propagierte. Man muß hier auch den deutschen Bischof von **Wroclaw**, **Bogedain**, mit Dankbarkeit erwähnen, der eifrig zur Erhaltung der polnischen Sprache in Schlesien beitrug. Unser Volk gedenkt mit unvergänglicher Dankbarkeit dieser und aller anderen vorurteilsfreien Deutschen.

Die deutsche Volkszählung vom Jahre 1910 ergab (ich berücksichtige hier nur Gebietsteile, die erst im Jahre 1945 zu Polen zurückkehrten): in Oberschlesien 640 000, in Pommern (einschließlich der späteren sogenannten Grenzmark Posen-Westpreußen) 36 000, in Ostpreußen beinahe 100 000 Einwohner mit polnischer Muttersprache. Doch wurden schon damals diese Zahlen als zu niedrig angefochten (z. B. ergab die Schulzählung vom Jahre 1911 in einigen Gegenden des damaligen Ostpreußens um 10 bis 30 Prozent höhere Zahlen als die Volkszählung vom Jahre 1910). Die Fälschungen der Volkszählungen (direkt oder indirekt, durch politischen Druck) gingen in der Zwischenkriegszeit noch viel weiter. Bei der Volkszählung des Jahres 1925 wurden in den erwähnten Provinzen nur 600 000 Ein-

²⁰⁾ „Die Ostmark“, 1931, S. 7 (Red. Dr. **Bovenschen**). Der seit 1894 bestehende Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken, kurz HKT-Verein genannt nach den Anfangsbuchstaben der Namen seiner drei Gründer, agitierte energisch gegen die in den Jahren 1919 bis 1921 festgelegte polnisch-deutsche Grenze. Ehrenvorsitzender und Protektor des Vereins war der deutsche Reichspräsident, **Generalfeldmarschall v. Hindenburg**.

wohner mit polnischer Muttersprache (oder zweisprachige) ermittelt, bei der Volkszählung des Jahres 1933 nicht ganz 400 000. Aber wir lesen z. B. in einem vertraulichen Dokument, das einen der pommerschen Kreise betrifft, daß

„... die amtliche Statistik über die Stärke des Polentums leicht irreführen könne, wenn sie zahlenmäßig aufzeige, daß der Kreis Bütow wohl etwa 6000 Katholiken, aber nur 2000 Polen zählte, tatsächlich seien die 6000 Katholiken fast durchgängig Polen, auch wenn dies bei der Volkszählung aus irgendeinem Grunde verschleiert sei.“²¹⁾

Die preußischen Verwaltungsbehörden selbst waren durch die Verwirrung beunruhigt, zu der die unrichtigen Angaben der Volkszählungen führten. Die im Zusammenhang damit angeordneten vertraulichen statistischen Erhebungen, die durch den „Bund Deutscher Osten“ in Westerschlesien durchgeführt wurden, führten zu erstaunlichen Ergebnissen: anstatt der 336 000 polnisch Sprechenden oder „Zweisprachigen“ (Volkszählung 1933) mußte man über 50 Prozent der westerschlesischen Bevölkerung, also ca. 750 000 Einwohner, als Polen anerkennen.

Ein unter der Leitung des Stabsreferenten der Landesgruppe Schlesien des „Bundes Deutscher Osten“ Dr. Heinz Rogmann ausgearbeitetes Dokument enthält sehr genaue nach Pfarrgemeinden zusammengestellte Zahlenangaben über den Gebrauch der polnischen Sprache bei den Gottesdiensten in Westerschlesien. Das Dokument wurde vom „Instytut Zachodni“ (Westinstitut) in Poznan als Band I der „Materialien zur neueren Geschichte der Westgebiete“ veröffentlicht. In der Einleitung Rogmanns lesen wir:

„Der Landesführung Schlesien des Bundes Deutscher Osten war bekannt, daß zwischen den sehr geringen, bei den letzten Volkszählungen festgestellten Anteilen der oberschlesisch-polnischen Sprache (auch solche Wunderdinge wurden erfunden — E. M.) sowie den Anteilen der polnischen Wahlstimmen einerseits und dem Gebrauch der oberschlesisch-polnischen Sprache im Umgang sehr beträchtliche Unterschiede bestehen. Um über den Umfang der Anwendung der oberschlesisch-polnischen Sprache Unterlagen zu erhalten, veranstaltete die Landesführung ... eine statistische Erhebung über den Sprachgebrauch beim Gottesdienst.“

Am Schluß des Dokumentes lesen wir:

„In einer internen Untersuchung wie der vorliegenden kann nicht ernst genug vor einer Unterschätzung der zahlenmäßigen Bedeutung des Polentums in Westerschlesien gewarnt werden. Selbstverständlich sind die oben angeführten Zahlen nur Schätzungen, aber sie dürften der Zahl der tatsächlichen polnischen Minderheit in Westerschlesien weit näher kommen als

²¹⁾ Aus den Akten des Evangelischen Konsistoriums in Szczecin, 17. Januar 1928.

die Veröffentlichungen, die aus wohlbegründeten Erwägungen heraus nur die Zahl der offiziellen polnischen Minderheit berücksichtigt haben.“

Dieser Kommentar Rogmanns selbst und des „Bundes Deutscher Osten“ ist fürwahr so beredt, daß weitere Erläuterungen sich wohl erübrigen. Schenken wir also für einen Augenblick unsere Aufmerksamkeit diesem Dokument, das zehn doppelte und neunzehn einfache Seiten in Maschinenschrift umfaßt. Die auf Grund spezieller Fragebogen durchgeführten Erhebungen befaßten sich mit dem Sprachgebrauch in Westerschlesien bei den Hochämtern (46,7 Prozent „oberschlesisch-polnisch“), in den Predigten der Hochämter (47,1 Prozent „oberschlesisch-polnisch“), bei den Sonntags- und Abendandachten (57,1 Prozent „oberschlesisch-polnisch“) usw. Es werden genaue Zahlen für die einzelnen Kirchen angegeben, eine Gesamtübersicht enthält kreisweise geordnete Zahlenangaben für die verschiedenen Arten der Gottesdienste. Schließlich wird festgestellt:

„Aus dem hohen Anteil der oberschlesisch-polnischsprachigen Andachten ergibt sich daher die Vermutung, daß die oberschlesisch-polnische Sprache von der Bevölkerung noch weit mehr angewendet wird, als es die Hochämter und Messen erkennen lassen.“

Es bestätigt sich auch,

„... daß die Landbevölkerung sich in weit höherem Maße der oberschlesisch-polnischen Sprache bedient als die Stadtbevölkerung.“

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf den letzten dieser Sätze lenken. Er bestätigt die bekannte Tatsache, daß die Stadtbevölkerung in Schlesien größtenteils aus einer zugewanderten Bevölkerung bestand und daß der wirtschaftliche und politische Druck der Germanisierung in den Städten stärker und rücksichtsloser war als auf dem Lande. Die Landbevölkerung dagegen bestand aus der ureingewesenen, kernpolnischen Bevölkerung, die es besser und erfolgreicher verstanden hatte, sich dem Terror der Germanisierung zu widersetzen.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß in einer Abhandlung über einen der Aufstände, in denen die polnische Bevölkerung Oberschlesiens nach dem ersten Weltkriege zu den Waffen griff, um ihre Rechte zu verteidigen, der deutsche Autor Katsch folgendes schrieb:

„Nicht wie eine Flut, die aus Osten oder Süden in das Land gebrochen wäre, sondern als ob die Grundwasser plötzlich emporgestiegen wären und das Land überschwemmt hätten, so war der größere Teil Oberschlesiens in einem Augenblick von Insurgentenscharen überflutet; die größeren Städte, von allem Zusammenhang mit dem Lande abgeschnitten, ragten als Inseln des Deutschtums,

als Reste einer vielhundertjährigen Kultur, von einer trübten Flut wilder Aufständischer umringt . . .²²⁾

Geheimberichte der Gestapo aus der Zeit vor und während des zweiten Weltkrieges lassen keine Zweifel darüber aufkommen. Es genügt wohl, als Beispiel zwei Feststellungen aus diesen Berichten anzuführen. Noch im September 1939 stellte der Polizeichef im oberschlesischen Industrieviertel mit Erstaunen fest:

„Trotzdem glaubten einige Fanatiker immer noch, daß Polen bis zur Oder entstehen wird.“

Ende 1943 berichtete der Regierungspräsident von Oppeln an die Gestapo:

„Man muß allgemein feststellen, daß der Gebrauch der polnischen Sprache weiterhin an Kraft zunimmt.“

Man darf dabei nicht vergessen, in welcher Lage sich die polnische Bevölkerung während des Krieges befand und welche Folgen ein Bekenntnis zum Polentum haben konnte.

Die Zahl der rund 750 000 Polen in Westoberschlesien, die sich aus den Erhebungen des „Bundes Deutscher Osten“ ableiten läßt, fand in den Ergebnissen des sogenannten Verifizierungsverfahrens, das die polnischen Behörden in den Jahren 1945/1946 in den zurückgewonnenen West- und Nordgebieten durchführten, ihre Bestätigung. Über 1 300 000 Angehörige der bodenständigen polnischen Bevölkerung wurden verifiziert. Es muß hinzugefügt werden, daß den Verifizierungskommissionen bekannte und verdiente Funktionäre des ehemaligen Bundes der Polen in Deutschland angehörten, denen sowohl die Menschen als auch die Verhältnisse gut bekannt waren, wodurch größere Fehler bei dieser Aktion vermieden werden konnten.

Wir dürfen nicht außer acht lassen, daß Polen nach dem zweiten Weltkriege furchtbar erschöpft war. Die biologischen Verluste des polnischen Volkes betragen über 6 Millionen Menschen, das heißt ein Fünftel der lebenden Substanz des Volkes. Dabei machten die Verluste an im Kampfe gefallenen polnischen Soldaten nur etwa 300 000 aus. Über 590 000 Menschen wurden zu Invaliden. Die schwersten biologischen Verluste hatte jedoch die polnische Kultur erlitten, was insbesondere in den ersten Nachkriegsjahren bittere Folgen nach sich zog. Unter den Hunderttausenden von ermordeten Polen befanden sich 700 Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter, über 1000 Mittelschullehrer, über 4000 Volksschullehrer, 5000 Ärzte, 2500 Zahnärzte, 4500 Rechtsanwälte, Tausende von Geistlichen, Ingenieuren usw. Es versteht sich von selbst, daß diese Tatsachen schwere Folgen für das Lebens- und Kulturturniveau in den ersten Nachkriegsjahren haben mußten.

²²⁾ Katsch: „Der Oberschlesische Selbstschutz im dritten Polenaufrstand“. Berlin 1921. S. 16.

Vergessen wir auch nicht, daß sich Hunderttausende von Polen infolge des Krieges im Auslande befanden: in Konzentrationslagern, als Zwangsarbeiter oder als Soldaten der im Ausland aufgestellten polnischen Verbände. Sie alle mußten erst wieder in ihre Heimat zurückgeführt werden. Das alles waren überaus ernste Probleme für den wiedererstandenen polnischen Staat. Ich glaube behaupten zu können, daß unter anderen Bedingungen als denen, welche der Sozialismus geschaffen hat, unter anderen Bedingungen als denen, welche sich aus der Nachbarschaft jenes Teiles Deutschlands ergaben, in dem die Arbeiter und Bauern die Macht übernommen hatten und der heute die uns so nahestehende Deutsche Demokratische Republik bildet, die riesigen Aufgaben, die im Jahre 1945 vor unserem Volke standen, wohl unlösbar gewesen wären. Das bezieht sich auch auf die Besiedlung und Bewirtschaftung der wiedererwonnenen polnischen Westgebiete. Die Bedingungen waren jedoch günstig: das wiedererstandene Polen war ein Volksstaat, es war durch die stärksten Bande der Freundschaft und Zusammenarbeit mit allen Ländern des sozialistischen Lagers verbunden. Das gab Mut und Kraft, versprach Hilfe und gestattete es, mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken.

Die Nachkriegsjahre

Kehren wir jedoch zu den Bevölkerungsproblemen Polens im Jahre 1945 zurück. Wie stellte sich die Lage in den von Polen zurückgewonnenen Gebieten im Augenblick ihrer Übernahme dar?

Die Volkszählung vom 17. Mai 1939 hatte in den von Deutschland im Jahre 1945 verlorenen Gebietsteilen eine Bevölkerung von 9 600 000 ergeben (davon entfielen 8 400 000 auf die gegenwärtigen polnischen Westgebiete, 1 200 000 auf den Bezirk Königsberg). Darunter waren etwa 1 300 000 Polen, Angehörige der damaligen polnischen Minderheit in Deutschland. Den Rest, also rund 8 300 000 (wenn man nur die Gebiete berücksichtigt, die von Polen übernommen wurden, waren es 7 100 000), machte die deutsche oder germanisierte Bevölkerung aus.

Was geschah weiter mit dieser Bevölkerung? Die ersten migratorischen Bewegungen begannen bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1944 in Ostpreußen, als die deutschen Behörden beim Herannahen der Front eine Evakuierung der Bevölkerung anordneten und zum Teil auch durchführten. In den letzten Winterwochen des Jahres 1945 verursachte das Zurückfluten der deutschen Front eine spontane Flucht der deutschen Bevölkerung aus den östlich der Oder gelegenen Gebieten nach dem Westen. Diese Flucht wurde bald zu einer riesigen Massenbewegung und dauerte ununterbrochen während des ganzen Frühjahrs

1945, auch dann, als die Front in das Innere Deutschlands vorrückte, und bis in den Sommer 1945 hinein an. Das Ergebnis davon war, daß die von den polnischen Behörden übernommenen Gebiete stark entvölkert und teilweise fast menschenleer waren. Das war insbesondere hinsichtlich großer Teile des früheren Ostpreußen, hinsichtlich Pommerns und des Lebuser Landes (an der Mündung der Warthe in die Oder) der Fall.

Die Volkszählung am 14. Februar 1946, die erste nach dem Kriege, ergab in den von Polen zurückgewonnenen Gebieten 2 000 000 Deutsche und 2 700 000 Polen, darunter 1 300 000 Alteingesessene und 1 400 000 Neusiedler. So hatten also mehr als 70 Prozent der Deutschen (fast 5 000 000) diese Gebiete während der Kriegshandlungen oder in den ersten Monaten nach deren Beendigung verlassen. Die überwiegende Mehrzahl der übriggebliebenen 30 Prozent (2 000 000) verließ die Gebiete an der Oder und Ostsee in den Jahren 1946 bis 1948 auf Grund der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und der einschlägigen Beschlüsse des Alliierten Kontrollrates vom Jahre 1945.

Was ist mit dieser Bevölkerung geschehen? Laut maßgebenden westdeutschen Quellen (Prof. Gleitze) lebten im Jahre 1950 etwa 4 400 000 Umsiedler in Westdeutschland, 200 000 in Berlin, rund 2 900 000 in der Deutschen Demokratischen Republik.

So entstand nach dem Kriege in Westdeutschland das sogenannte Problem der Umsiedler. In der Deutschen Demokratischen Republik hörte es in kurzer Zeit dank einer rasche Fortschritte machenden Integration auf zu bestehen. Präsident Wilhelm Pieck konnte bereits im Jahre 1949 erklären, daß dieses Problem in der Deutschen Demokratischen Republik faktisch nicht mehr existiert. Die Behörden der Deutschen Demokratischen Republik erteilten den Umsiedlern bei ihrer Assimilierung vom ersten Augenblick an weitestgehende Hilfe, indem sie ihnen in ihren neuen Wohnorten günstige Lebens- und Erwerbsbedingungen schufen. Durch die Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens wurde eine Beschleunigung dieses Prozesses möglich. Nicht so entwickelten sich die Dinge in der Bundesrepublik — aber das ist wieder eine andere Angelegenheit.

Wie waren die Westgebiete in den ersten Nachkriegsjahren bevölkert?

Schon in den ersten Monaten nach Kriegsende begannen polnische Neusiedler, in Massen in das Land an der Oder und Ostsee zu strömen. Die bereits erwähnte Volkszählung vom 14. Februar 1946 ergab für die wiedergewonnenen Gebiete einschließlich der ehemaligen Freien Stadt Danzig eine Gesamtbevölkerung von 5 Millionen, darunter 2,9 Mil-

lionen Polen und 2,1 Millionen Deutsche. Die 1,3 Millionen zählende bodenständige polnische Bevölkerung dieser Gebiete wurde also in nicht ganz acht Monaten nach Kriegsende durch den Zuzug von 1,6 Millionen polnischer Neusiedler verstärkt.

Die großen migratorischen Bewegungen dauerten noch während der Jahre 1946 bis 1948 an. Am 1. Oktober 1948 betrug die Gesamtbevölkerung 5,7 Millionen, darunter 5,6 Millionen Polen und 0,1 Millionen Deutsche. Innerhalb von zwanzig Monaten hatte sich also die polnische Bevölkerung um weitere 2,7 Millionen vermehrt. Das Ergebnis der seit 29 Monaten durchgeführten Aufsiedlung war also eine Zunahme der polnischen Bevölkerung um 4,3 Millionen (im Durchschnitt 150 000 Neusiedler monatlich).

Trotz großer Schwierigkeiten, hervorgerufen durch die Verwüstung ganz Polens während der Okkupation, schritt der Wiederaufbau der hauptsächlich wirtschaftlichen Einrichtungen in den Westgebieten — vor allem der Arbeitsstätten — schnell vorwärts, wodurch die ununterbrochene Zunahme der Bevölkerung ermöglicht wurde. Als der Zustrom der Neusiedler kleiner wurde, wurde auch in diesen Gebieten die Geburtenzahl für die weitere Bevölkerungszunahme ausschlaggebend. Die junge, kräftige Bevölkerung des polnischen Westens und Nordens weist eine sehr hohe Geburtenziffer auf (rund 35 Promille jährlich). Das Resultat ist eine große natürliche Volksvermehrung, die durchschnittlich 28 Promille jährlich beträgt, bei einem Durchschnitt von 16 Promille in anderen Teilen Polens. In den polnischen Westgebieten kommen also alljährlich etwa 250 000 neue Bürger zur Welt, der Geburtenüberschuß beträgt gegenwärtig nahezu 200 000 jährlich (ich mache darauf aufmerksam, daß die natürliche Volksvermehrung in ganz Polen seit fünf Jahren regelmäßig die Zahl von 500 000 pro Jahr übersteigt). Der Geburtenüberschuß verursachte im Laufe der letzten zehn Jahre ein weiteres Ansteigen der Einwohnerzahl in den Gebieten an der Oder und Ostsee; von 1948 bis heute ist die Bevölkerung dieser Gebiete von 5,7 Millionen auf 7,5 Millionen gestiegen.

Migratorische Bewegungen

Ein Teil der Veränderungen in der Struktur der Bevölkerung ist (besonders im Jahre 1957) durch gewisse, übrigens nicht sehr bedeutende migratorische Bewegungen hervorgerufen worden, und zwar durch eine weitere Repatriierung von Polen vorwiegend aus der Sowjetunion (im Jahre 1957 kamen insgesamt 95 000 Rückwanderer nach Polen) sowie durch Auswanderungen nach Israel, nach Deutschland im Rahmen der sogenannten Familienzusammenführung oder nach anderen Ländern (im Jahre 1957

wurde Polen von insgesamt 148 000 Auswanderern verlassen). In den letzten zehn Jahren dauerten auch die Umsiedlungen aus den zentralen und südlichen Wojewodschaften Polens an. Im allgemeinen waren aber die Migrationen der Bevölkerung in den Westgebieten nicht viel größer als in andern Teilen Polens. Dies illustriert eine Tabelle, die auf Grund des polnischen Statistischen Jahrbuchs 1956 sowie der polnischen statistischen Bulletins Nr. 2, 8 und 9 vom Jahre 1958 zusammengestellt wurde.

Wohnsitzänderungen in Polen

	1955		1956		1957	
	Anmel- dungen	Abmel- dungen	Anmel- dungen	Abmel- dungen	Anmel- dungen	Abmel- dungen
Polen	1440,0	1440,0	1444,2	1444,2	1337,0*	1361,5**
Westgebiete	601,7	577,1	616,0	583,0	609,2	637,3
% d. Bevölkerung	9,1	8,6	8,9	8,4	8,6	9,0

* Anmeldungen des Wohnsitzes

** Abmeldungen bei Aufgabe des Wohnsitzes

Anmerkung: Die Angaben für 1957 können nur zur allgemeinen Orientierung dienen, da die An- und Abmeldungen nicht immer gleichzeitig mit der tatsächlichen Verlegung des Wohnsitzes erfolgten.

Die in der Tabelle enthaltenen Zahlen umfassen alle Wohnsitzänderungen, also sowohl Umzüge im Bereich einer Stadt als auch Umsiedlungen in eine andere Wojewodschaft. Wie ersichtlich, weist die Bevölkerung der Westgebiete eine etwas größere Beweglichkeit im Vergleich mit der Bevölkerung ganz Polens auf. Dies ist einleuchtend, wenn man bedenkt, daß in diesen Gebieten eine neue Gesellschaft im Entstehen begriffen ist, und wenn man die Altersstruktur der dortigen Bevölkerung mit ihrem großen Prozentsatz junger Menschen in Betracht zieht.

Ich muß nochmals betonen, daß die in unserer Tabelle angeführten Zahlen sämtliche Wohnsitzänderungen der Bevölkerung umfassen und keinesfalls mit einem Austausch der Bevölkerung zwischen den alten und neuen Gebieten Polens gleichbedeutend sind.

In den letzten zehn Jahren hat die Bevölkerung der Westgebiete um 1,6 Millionen zugenommen. Den größten Anteil an dieser Zahl haben die in den Westgebieten geborenen Kinder, eine neue Generation polnischer Bürger, die neue „einheimische Bevölkerung“ des Landes an der Oder und Ostsee.

Die neue polnische Gesellschaft in den Westgebieten

Die polnische Bevölkerung der Westgebiete setzt sich gegenwärtig aus verschiedenen, jetzt schon stark miteinander vermischten Gruppen zusammen, die ihre eigenen

Überlieferungen und Bräuche besitzen, mitunter auch gewisse dialektale Sprachunterschiede aufweisen und bisweilen verschiedene Zivilisationstypen vertreten. Aus verschiedenen Teilen Polens stammend, brachten sie in ihre neue Heimat das ganze — gute und schlechte — Erbe ihrer jahrhundertalten Vergangenheit mit. Von den vielen, die Westgebiete heute bewohnenden Gruppen sind vor allem folgende zu erwähnen:

● die polnische bodenständige Bevölkerung, die das Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum polnischen Volkstum die ganze Zeit hindurch bewahrt hat, als die jetzigen polnischen Westgebiete noch einen Teil des Deutschen Reiches bildeten; es sind dies geschlossene Volksgruppen, insbesondere in Westoberschlesien, Masuren, Ermland und in den Gegenden von Zlotow und Bytow in Westpommern;

● die polnischen Repatrianten aus der Sowjetunion, vorwiegend aus den Gebieten jenseits des Bug, die bis 1939 zum polnischen Staate gehörten;

● die Rückwanderer, d. h. diejenigen Polen, die nach dem zweiten Weltkrieg in ziemlich großen Gruppen aus Frankreich, Belgien, Jugoslawien und anderen europäischen Ländern, wohin sie seinerzeit zu Erwerbszwecken ausgewandert waren, zurückkehrten;

● die Umsiedler aus Mittel- und Südpolen, die dank einer großangelegten Umsiedlungs- und Ansiedlungsaktion in den Westgebieten neue wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten gefunden haben.

Ich möchte jetzt die Aufmerksamkeit meiner verehrten Zuhörer auf einen weiteren Aspekt des in Rede stehenden Problems lenken. Die westdeutschen Revisionisten, welche die Losung von der Rückkehr in die ehemals von Preußen eroberten und jetzt an Polen zurückgefallenen Gebiete verkünden, führen verschiedene Argumente ins Feld. So wird die Behauptung verbreitet, daß Polen es innerhalb von 14 Jahren nicht verstanden habe, diese Gebiete zu bevölkern und zu bewirtschaften, daß sie andererseits für Deutschland lebensnotwendig seien. Ich nehme an, daß der zweite Aspekt des Problems Ihnen zur Genüge bekannt ist, daß ich also den demagogischen Charakter dieser Behauptung der Revisionisten nicht nachzuweisen brauche. Wichtig ist meiner Ansicht nach etwas anderes: wie uns bekannt ist und wie schon aus meinen bisherigen Erörterungen hervorgeht, arbeiteten seit dem 19. Jahrhundert polnische Arbeiter in diesen Gebieten, vor allem auf dem Lande; denn Deutschland verfügte nicht über genügend Arbeitskräfte, um diesen Boden zu bebauen. Wie steht es heute darum?

Auf einer Tagung des Steinbacher Kreises im Januar 1957 wurde eine Reihe von Vorträgen gehalten, darunter ein Vortrag von Dr. Georg Strobel, einem wissenschaftlichen Mitarbeiter des Kieler Instituts für Weltwirtschaft. Dr. Strobel stammt — nebenbei gesagt — aus Mittelpolen, wo er sich bis Ende des Krieges aufhielt. Näheres über ihn und insbesondere über seine Tätigkeit während des Krieges ist mir nicht bekannt. Dr. Strobel hielt also auf der erwähnten Tagung einen Vortrag über „Die Wirtschaft der Oder-Neiße-Gebiete“¹⁾, in dem er unter anderem die „Möglichkeiten einer deutschen Einwirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung der Oder-Neiße-Gebiete“ zur Sprache brachte. Prüfen wir seine Gedankengänge, vielleicht erweisen sie sich als bekannt, vielleicht führen sie uns zu interessanten Schlußfolgerungen.

Wenn Dr. Strobel sich selbst und seinen Zuhörern die Frage stellt, welche realen Möglichkeiten einer „deutschen Einwirkung“ auf die wirtschaftliche Entwicklung der polnischen Westgebiete gegenwärtig bestehen, betont er ausdrücklich, daß er die Möglichkeiten beider Teile Deutschlands in Erwägung zieht. Mag sein! Wir wollen seinen Gedankengängen und seiner Beweisführung folgen. Strobel sieht theoretisch dreierlei Möglichkeiten einer Einwirkung auf die Wirtschaft der polnischen Westgebiete und erörtert sie der Reihe nach. Es sind dies seiner Ansicht nach: erstens Siedlungsmöglichkeiten, die mit einer Aufsiedlung dieser Gebiete verbunden wären, zweitens technische Möglichkeiten durch Einsatz deutscher Ingenieure und Techniker, drittens Investierungsmöglichkeiten — alles zusammen in einer nebelhaften Variante einer sogenannten „europäischen Lösung“. Zu welchen Schlüssen kommt Strobel auf Grund seiner Darlegungen? Siedler würde Deutschland für die polnischen Westgebiete nicht zur Verfügung stellen können — es hat selbst keine, im Gegenteil, es fehlt an Arbeitskräften, besonders an qualifizierten —, Ingenieure auch nicht, also nur ... Hier will ich Strobel selbst das Wort lassen. Auf Seite 60 schreibt er:

„Die Frage der Aufsiedlung der Oder-Neiße-Gebiete durch die westlichen deutschen Wirtschaftsräume wird eben dadurch erschwert, daß in beiden Wirtschaftsgebieten der Zustand der Vollbeschäftigung vorliegt, d. h. daß keine nennenswerten sofort verfügbaren Arbeitskraftreserven mehr vorhanden sind und alle freizusetzenden Arbeitskräfte aus dem Arbeitsprozeß ausgegliedert werden müßten. Ein nicht stufenweises, durch verschiedene Maßnahmen, wie z. B. die erwähnten Produktivitätssteigerungen, erfolgreiches Freisetzen von Arbeitskräften könnte empfindliche Rückwirkungen auf die Wirtschaft und die

Konkurrenzfähigkeit der westlichen Wirtschaftsgebiete auf dem Weltmarkt haben und damit zu einer Schädigung des ganzen deutschen Wirtschaftskörpers führen.“

Dr. Strobel dachte jedoch lange nach, und es kam ihm ein guter Gedanke. Bitte, verehrte Zuhörer, ich zitiere wörtlich:

„Ich erwäge (im Zusammenhang mit der Aufsiedlungsfrage — E. M.) die Beschäftigung ausländischer, in diesem konkreten Falle italienischer Arbeitskräfte in der Industrie und Landwirtschaft des west- und mitteldeutschen (so bezeichnet Dr. Strobel die Deutsche Demokratische Republik — E. M.) Wirtschaftsraumes und vielleicht sogar des ostdeutschen (das sollen die polnischen Westgebiete sein — E. M.). Das Besiedelungsproblem würde dann aus dem deutschen Bereich in einen europäischen Betrachtungskreis transportiert werden müssen.“

Sapienti sat. Aber folgen wir weiterhin Dr. Strobel, und sehen wir nach, welche Möglichkeiten er gefunden hat, den polnischen Westgebieten technische „Hilfe“ zu leisten. Aber auch in dieser Hinsicht gelangt Strobel zu traurigen, negativen Schlüssen. Ich zitiere:

„Trotz der im Vergleich zu Polen günstigen Situation in der Bundesrepublik für die gegenwärtig zu lösenden technischen Aufgaben sind immer noch 45 000 Ingenieure zu wenig vorhanden. Wir würden allein zur Lösung der gegenwärtig erwachsenden technischen Aufgaben in der Bundesrepublik jährlich mindestens 18 500 Hochschul- und Fachschulingenieure als Nachschub benötigen: bei einem jährlichen Zugang von 13 500 Absolventen wird schon für die Belange des westdeutschen Wirtschaftsraumes bei den gegenwärtigen technischen Aufgaben der Fehlbetrag an Ingenieuren von Jahr zu Jahr immer größer; damit ist aber auch im westdeutschen Wirtschaftsraum eine optimale Ausnutzung der gegenwärtigen ökonomischen Möglichkeiten nicht gewährleistet. Wie sollte aber die an einem solchen Unterschub leidende westdeutsche Industrie und Wirtschaft kurzfristig noch weitere Ingenieure an die Oder-Neiße-Gebiete abstellen können? Die negativen Auswirkungen einer solchen Abstellung brauchen nicht erst besonders betont und auseinandergesetzt zu werden, sie liegen ja klar auf der Hand... Vielleicht könnten aber auch hier die Gemeinschaftsbemühungen mehrerer Volkswirtschaften, natürlich Polen mit eingeschlossen, die dann in europäischen Maßstäben zu betrachten wären, helfen.“

Und schließlich die Kredite. Noch ein Zitat, das letzte aus Dr. Strobels Vortrag:

„Es bleibt uns nun zu betrachten, wie sich eine Kapitalhilfe für die Oder-Neiße-Gebiete im gegenwärtigen Zustand auswirken würde. Gestatten Sie mir schon hier zu betonen, daß ich gerade auch bei dem gegenwärtigen politischen Zustand hierin die günstigste Möglichkeit für eine Betätigung der Bundesrepublik in den Oder-Neiße-Gebieten sehe.“

¹⁾ Veröffentlicht in „Ostdeutschland unter polnischer Verwaltung“, 1958, „Der Wegweiser“, Herausgegeben vom Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen.

Selbstverständlich erklärt Dr. Strobel vorsichtig, aber doch deutlich genug, daß einer Kredithilfe politische Gespräche vorausgehen müßten, daß sie also an gewisse politische Bedingungen gebunden wäre. Diese Methode ist uns aus der Vergangenheit zu gut bekannt, als daß es sich lohnte, sich mit ihr zu befassen.

Die Ausführungen Dr. Strobels erschienen mir deshalb kurzer Besprechung wert zu sein, weil sie für die kapitalistische Denkweise typisch sind. Wir sehen, daß diese Leute in der Deutschen Bundesrepublik nichts gelernt haben und, was noch viel schlimmer ist, nicht imstande sind, zu beobachten. Das einzige, was sie wollen, ist die Rückkehr der früheren Verhältnisse: der deutsche Kapitalist und der billige polnische Arbeiter sollen wiedererstehen. Graf v. Donnersmarck, der unter anderem in den gegenwärtigen polnischen Westgebieten 175 000 Hektar Land besaß, ist gewiß mit den Thesen Dr. Strobels sehr zufrieden und kann wohl nicht gut verstehen, warum diese verpöhrten Polen nicht auf solche vernünftigen Bedingungen eingehen wollen. Sie tun dies wahrscheinlich unter dem Einfluß — der kommunistischen Propaganda ...

Hier möchte ich eine grundsätzliche Bemerkung machen. Die Tatsache, daß Polen zu den Ländern gehört, die den Sozialismus aufbauen, die Tatsache, daß es im sozialistischen Lager steht, ist für unsere Haltung und für die Ergebnisse unserer Arbeit entscheidend. Unsere Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern, insbesondere mit der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik, die wir ebenfalls zu den Freunden unseres Landes rechnen, gestattet uns, die verfehlten revanchistischen Vorschläge eines Dr. Strobel und seiner Hintermänner mit Stillschweigen zu übergehen. Ohne irgendwelche politischen Bedingungen, auf Grund voller Gleichberechtigung und freundschaftlicher Zusammenarbeit helfen uns die sozialistischen Länder, in Polen ein neues, besseres und schöneres Leben aufzubauen. Und noch eins: nur im Sozialismus ist es möglich, daß Polen keinen Überschuß an Arbeitskräften empfindet. Wenn man heute von einem solchen Problem überhaupt sprechen kann, so nur im Aspekt gewisser konjunktureller Defizite, die übrigens günstig und reibungslos beseitigt werden. Die sozialistische Planwirtschaft ermöglicht es uns, die qualifizierten Arbeitskräfte zielbewußt bereitzustellen und zu verteilen. Der beste Beweis ist die Entwicklung unseres Staates, die unter anderen Bedingungen undenkbar wäre.

Hiermit kehre ich zu meinen Ausführungen über die demographischen Probleme unserer Westgebiete zurück, denen ich noch einige Worte widmen möchte.

Die heutige Bevölkerung der polnischen Westgebiete setzt sich aus folgenden Gruppen zusammen:

alteingesessene Bevölkerung	über 1 000 000
Repatrianten aus der Sowjetunion	etwa 2 000 000
Umsiedler aus Mittelpolen	etwa 1 800 000
Rückwanderer nach 1945 in den Westgebieten geborene Kinder	fast 200 000 etwa 2 500 000

In den polnischen Westgebieten leben also gegenwärtig über 7 500 000 Menschen. Das bedeutet noch nicht, daß keine weiteren Siedlungsmöglichkeiten bestünden; sie setzen aber einen weiteren wirtschaftlichen Wiederaufbau und umfangreiche Investitionen voraus. Es gibt Städte, deren Einwohnerzahl den Vorkriegsstand überschritten hat, obgleich sie sehr stark zerstört worden waren. Es gibt aber auch Städte, die den Stand von 1939 noch nicht erreicht haben, vor allem Städte, die so verwüstet waren wie z. B. Wroclaw (die Zerstörungen betragen dort 68 Prozent).

Gestatten Sie mir bitte, einige genauere Angaben zu machen, die ich dem „Kleinen Statistischen Jahrbuch“ Polens für 1958 entnehme, das unter anderem die Einwohnerzahl der größeren Städte der polnischen Westgebiete angibt. Es ist interessant, die gegenwärtige Zahl der Einwohner mit den Zahlen aus dem Jahre 1939 zu vergleichen.

Bei jedem Vergleich des heutigen Bevölkerungsstandes und des Vorkriegsstandes müssen wir daran denken, daß wir die Bevölkerungsdichte nicht nur unter Zugrundelegung der Zahl der Quadratkilometer messen dürfen, sondern die in dem betreffenden Gebiet durchgeführten Investitionen berücksichtigen müssen. In den letzten Kriegsmonaten wurden gerade die polnischen Westgebiete furchtbar verwüstet. Die Zerstörungen von Wohngebäuden und Industrieanlagen haben die Auf siedlungsmöglichkeiten dieser Gebiete sehr stark vermindert.

Die neue Gesellschaft in den polnischen Westgebieten bildete sich unter dem Einfluß der großen demographischen Umwälzungen, von denen bereits die Rede war. Sie waren von tiefgreifenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wandlungen begleitet (Änderung der sozialen und politischen Ordnung, Änderung des Milieus im physischen und sozialen Sinne des Wortes).

Es ist selbstverständlich, daß das Entstehen und die Gestaltung der neuen sozialen Bande, das Erstarren der neuen polnischen Gesellschaft in den Westgebieten ein überaus komplizierter, des öfteren höchst schwieriger Vorgang ist. Jede der Bevölkerungsgruppen, von denen vorher die Rede war, besitzt — wie gesagt — eigene Überlieferungen, Sitten und Bräuche. Bisweilen treten dialektale

Sprachunterschiede auf, der Zivilisationstypus der einzelnen Gruppen ist nicht derselbe. Unter diesen Umständen muß es vorkommen, daß Anschauungen und Interessen manchmal verschieden sind. Nichtsdestoweniger bewirken das tägliche Zusammenleben, die gemeinsame Arbeit und die gemeinsame gesellschaftliche Betätigung im Rahmen der sich allmählich herausbildenden lokalen Gemeinschaft eine fortschreitende Integration der Gesellschaft in den polnischen Westgebieten.

*

Die Bewirtschaftung und Besiedlung der polnischen Westgebiete, die guten Aussichten auf ihre weitere Entwicklung rufen selbstverständlich eine lebhaftere Unzufriedenheit der westdeutschen revisionistischen Kreise hervor. Nach altem Muster wird mit dem Säbel der Bundeswehr gerasselt, moderne Atomwaffen werden bereitgestellt und kühne Träume von Revanche und einem neuen „Ritt nach Osten“ gesponnen. Das Verhältnis dieser Kreise zu Volkspolen ist im Grunde genommen immer dasselbe, es entspringt alten preußischen Gedankengängen, dem alten Imperialismus. Sie säen Haß und möchten gern den Abgrund noch vertiefen, der zwischen unseren beiden Völkern bestand hat. Wir Polen beobachten wachsam die Tätigkeit dieser Kreise, vergessen aber nicht, daß es auch in Westdeutschland Friedenskräfte gibt, fortschrittliche Kräfte, die aufrichtig eine Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Völkern im allgemeinen und insbesondere zwischen Polen und Deutschland anstreben. Vor allem aber sind wir uns dessen bewußt und vergessen nie, daß wir auch im Westen einen befreundeten Staat und ein mit uns befreundetes Volk haben — die Deutsche Demokratische Republik.

Die Entstehung und die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik hat wohl für keinen anderen Staat Europas eine so große, unmittelbare Bedeutung wie für Polen. Jeder Tag, jede Zeitung, in der wir von Manövern der neuen Bundeswehr oder der neuen Bundesmarine in der Ostsee lesen, erinnern uns daran. Während der Henker von Warschau, Heinz Reinefarth, als Abgeordneter in den Schleswig-Holsteinischen Landtag gewählt wird, erfahren wir gleichzeitig, daß in der Deutschen Demokratischen Republik ein Denkmal zum Andenken an die Opfer von Buchenwald enthüllt wird. Diejenigen, die vor neun Jahren an die Spitze der Deutschen Demokratischen Republik traten, haben sich die Umgestaltung von Grund auf zum Ziel gesteckt, die Umgestaltung der Wirtschaft, der Politik, der Klassen und der Moral. Mit eisernen Besen wurden die „Braunen“ aus ihren Stellungen, aus den Äm-

tern und vor allem aus den Schulen herausgefegt. Schulbücher für den Geschichtsunterricht sagen den Kindern in der Deutschen Demokratischen Republik die Wahrheit über die Vergangenheit der polnisch-deutschen Beziehungen. Hier wird dem Volk offen die Wahrheit über die zu Hitlers Zeiten an fremden Völkern begangenen Verbrechen enthüllt. Vergangenheit und Gegenwart des deutschen Militarismus sind hier kein schamhaftes „Tabu“, das man der öffentlichen Meinung vorenthält, kein Thema für billige Ausgaben von Ostfront-Erinnerungen, wie es westlich der Elbe der Fall ist.

Die Deutsche Demokratische Republik wird in Kürze den zehnten Jahrestag ihres Bestehens feiern; sie konnte in dieser Zeit schon so manches Blatt der Geschichte des deutschen Volkes und der Geschichte des Kampfes der Menschheit für den Frieden beschreiben.

Das polnische Volk beobachtet mit aufrichtiger Sympathie die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik. Es fühlt sich mit diesem Staat eng verbunden durch gemeinsame ideologische Grundsätze und die Grundlagen der Verfassung, durch den Warschauer Vertrag, die gemeinsame Friedensgrenze, durch sich immer erfolgreicher entwickelnde wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen. Wir haben gemeinsame Ziele und gemeinsame Interessen.

Die neue sozialistische Gesellschaft, die in den polnischen Westgebieten im Entstehen begriffen ist, und das ganze polnische Volk sind sich dessen bewußt, daß sie im sozialistischen Volk der Deutschen Demokratischen Republik einen wahren Bundesgenossen und Freund haben, einen Gefährten auf dem Wege zum Sozialismus und zum Frieden.

